



NZZ am Sonntag  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 131'901  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 4  
Fläche: 43'188 mm<sup>2</sup>

## Gerangel um die libyschen Erdölreserven

Der Machtwechsel in Libyen verspricht die Wiederaufnahme der Erdölförderung. Unter den Energiefirmen ist der Wettlauf um das begehrte libysche Öl bereits voll im Gang.

**Victor Merten**

Kaum hatten die libyschen Aufständischen den Kampf um die Hauptstadt Tripolis begonnen, hat ein Rennen um Libyens Erdöl und Erdgas eingesetzt. Es steht viel auf dem Spiel. Mit 1,7 Millionen Fass Öl pro Tag war das nordafrikanische Land vor dem Krieg der drittgrösste Ölproduzent Afrikas. Es besitzt die neuntgrössten gesicherten Ölreserven, wahrscheinlich aber noch viel mehr. Libyens Rohöl ist von bester Qualität und liegt nahe bei seinem Hauptabnehmer Europa.

Die Förderung lag bisher grösstenteils in den Händen ausländischer Ölfirmen. Diese hoffen nun, ihre Tätigkeit bald wiederaufnehmen zu können. Angeheizt wird der Wettlauf durch den Umstand, dass die Übergangsregierung dringend Geld braucht. Das Öl sorgt für rund drei Viertel der libyschen Staatseinnahmen. Die neuen Machthaber müssen also die fast zum Erliegen gekommene Förderung so rasch wie möglich wieder in Gang bringen. Allerdings erwarten viele, dass die siegreichen Aufständischen nur Firmen aus Staaten, die sich für sie einsetzen, zulassen und andere Länder ausschliessen werden.

Besonders forsch prellt Italien vor. Letzten Donnerstag empfing Ministerpräsident Silvio Berlusconi zusammen mit dem Chef des Öl- und Gaskonzerns Eni den Vorsitzenden der Übergangsregierung, Mahmud Jibril. Berlusconi versprach die rasche Freigabe eines ersten Teils eingefrorener libyscher Gelder für humanitäre Hilfe und die Versorgung der Bevölkerung mit

Treibstoff. Mit 108 000 Fass Öl pro Tag ist Eni die Nummer eins unter den Energiefirmen in Libyen. Ob sie dies bleiben wird, ist freilich ungewiss. Denn Berlusconis peinliche Freundschaft mit Ghadhafi und seine anfängliche Ablehnung eines Militäreinsatzes zum Schutz der libyschen Bevölkerung sind unvergessen. Italien bezog bisher 23 Prozent seines Erdöl- und 13 Prozent seines Erdgasbedarfs aus Libyen.

Ali Tarhuni, Vizechef der Übergangsregierung und zuständig für Öl, bekräftigte zwar am Donnerstag, die neue Führung werde mindestens bis zu den ersten freien Wahlen alle Verträge mit ausländischen Firmen und Staaten einhalten. Das ist jedoch eine schwache Versicherung. Zumal Frankreich sich nicht abgeneigt zeigt, seine beeindruckende Führungsrolle bei der Militärintervention in Libyen für seinen Ölkonzern Total in klingende Münze umzuwandeln. Der drittgrösste Ölförderer in Libyen (55 000 Fass pro Tag) will laut der Zeitung «Le Monde» kräftig wachsen. Bei immer schwierigeren Förderbedingungen bietet der Wüstenstaat verlockende Möglichkeiten. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy empfing Regierungschef Mahmud Jibril diese Woche noch vor Berlusconi und sprach mit ihm sicher nicht nur über seine geplante Libyen-Konferenz, sondern auch über Geschäftliches.

Ganz vorne dürfte auch Grossbritannien mitmischen, das mit Frankreich den Militäreinsatz gegen Ghadhafi durchsetzte und tatkräftig mitträgt. Der britische Energiekonzern BP gehört zwar nicht zu den Ölförderern in Libyen, er darf aber seit 2007 vor der Küste und auf dem Festland mögliche Gasfelder erkunden. Ein bei einem Besuch des damaligen Premierministers Tony Blair unterzeichneter Vertrag über 900 Millionen Dollar sieht die Erschliessung von 17 Quellen vor.

«Wir haben kein Problem mit west-

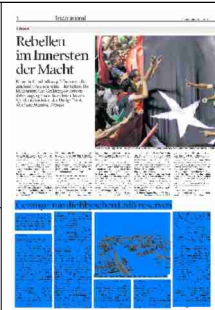
lichen Ländern wie die Italiener, französische und britische Firmen. Aber womöglich haben wir Streitpunkte mit Russland, China und Brasilien», sagte Anfang Woche ein Sprecher der Rebellen-Ölfirma Agoco der Agentur Reuters. Diese Erklärung hat für Unruhe gesorgt, obwohl nicht klar ist, wie massgeblich sie ist. Russlands Gazprom und Tatneft, Chinas CNPC und Brasiliens Petrobras hatten Millionenprojekte in Libyen. Die drei Länder lehnten aber die Militärintervention und harte Sanktionen gegen das Regime ab. Während China noch daran glaubt, dass es seine Investitionen retten kann, hat Russland die Hoffnung aufgegeben. «Wir haben Libyen ganz verloren», sagte kürzlich laut Reuters Aram Schegunts, der Leiter des russisch-libyschen Wirtschaftsrats.

Mehr Hoffnung besteht für Deutschland, obwohl Berlin sich bei der Entscheidung in der Uno über den Militäreinsatz der Stimme enthielt. In einem Interview mit der «Süddeutschen Zeitung» von gestern Samstag sagte Vizeregierungschef Ali Tarhuni, er sei von Berlin nicht enttäuscht: «Enttäuschung ist ein persönliches Gefühl. Gefühle haben zwischen Nationen keinen Platz.» Als zweitgrösster Konzern hinter Eni und vor Total förderte die BASF-Tochter Wintershall in Libyen vor dem Krieg 100 000 Fass pro Tag, 8 Prozent der deutschen Öleinfuhren.

Wann die Förderung wieder aufgenommen werden kann, ist ungewiss. Für Voraussagen ist die militärische Lage noch zu unklar, ausserdem lassen sich die Schäden an den Anlagen noch nicht ermessen. Der übergelaufene Ölminister Shukri Ghanem schätzt, die Produktion könne in wenigen Monaten wieder beginnen. Doch es werde bis zu 18 Monate dauern, bis sie wieder auf dem alten Stand sei.

Datum: 28.08.2011

**NZZ** am Sonntag



**EVIUP** ERDÖL-VEREINIGUNG  
UNION PÉTROLIÈRE

NZZ am Sonntag  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 131'901  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 4  
Fläche: 43'188 mm<sup>2</sup>



Förderanlage der deutschen Firma Wintershall bei der Oase Jakhira. (28. April 2008)

**ARGUS**   
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung  
Medienanalyse  
Informationsmanagement  
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG  
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich  
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01  
www.argus.ch

Argus Ref.: 43410582  
Ausschnitt Seite: 2/2